



Presseschau vom 05.03.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Die Sitzung des Gerichts in der Sache der Odessaer „Antimaidaner“ wurde wegen eines Wechsels des Staatsanwalts um eine Woche verschoben. Dies teilte heute der Rechtsanwalt der Anhänger einer Föderalisierung der Ukraine Kirill Schewtschuk mit.

„Heute erschien auf der Sitzung ein neuer Staatsanwalt und stellte den Antrag, dass er die Interessen der Anklage nicht vertreten kann, weil er mit den Materialien der Sache nicht vertraut ist und darum bittet, die Verhandlungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Alle Rechtsanwälte und Angeklagten waren entsetzt davon und verlangten, den Antrag abzulehnen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach den Worten Schewtschuks wurde dieser Staatsanwalt bereits am 8. Februar angekündigt und „in dieser Zeit hatte er die Möglichkeit, sich mit den Materialien der Sache bekannt zu machen, sie zu studieren“.

„Die Staatsanwaltschaft kann keine Dokumente über die Schuld der Angeklagten vorlegen. Bei der gestrigen Verhandlung erklärte das Gericht, dass die Anklage entweder Beweise für die Schuld vorlegen muss oder angenommen werden muss, dass es solche Beweise nicht gibt. Davon ausgehend entschied die Staatsanwaltschaft die Sache zu verzögern“, fasste der Rechtsanwalt zusammen.

Wir erinnern daran, dass die Sitzung des Gerichts zur Sache der „Antimaidaner“ Ende November 2015 von ukrainischen Extremisten gesprengt wurde. Die Radikalen besetzten das Gerichtsgebäude, sie zwangen die Richter, eine Entscheidung aufzuheben und Dokumente zu unterzeichnen, wozu sie keine Vollmacht besaßen. Um eine Freilassung der

Angeklagten unter Kaution zu verhindern, blockierten die Kämpfer das Untersuchungsgefängnis. Nach Änderung der Entscheidung über die Freilassung aus der Untersuchungshaft und einer Verlängerung des Haftzeitraums beging einer der Angeklagten einen Selbstmordversuch. Die Verteidigung wandte sich an die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine mit der Forderung, das Richterkollegium strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, dies wurde abgelehnt.

Das Gerichtsverfahren zu den tragischen Ereignissen in Odessa zieht sich seit Januar des letzten Jahres hin. Die Verhandlungen finden etwa dreimal im Monat statt. Auf der Anklagebank sitzen 20 Menschen, von denen zwei Bürger der RF sind. Bei der letzten Sitzung hat der Hauptzeuge des staatlichen Anklägers sich von seinen vorhergehenden Aussagen distanziert, die er im Stadium der Ermittlungen „unter Druck“ abgegeben habe. Am 2. Mai 2014 zündeten in Odessa Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der sogenannten „Selbstverteidigung des Maidan“ eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld an, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über die Föderalisierung der Ukraine und den staatlichen Status der russischen Sprache sammelten. Die Anhänger der Föderalisierung und der Bewegung „Antimaidan“ retteten sich in das Gewerkschaftshaus, aber die Radikalen kreisten das Gebäude ein und zündeten es an. Bei dieser Tragödie starben nach verschiedenen Informationen 40 bis 200 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Die Schuldigen wurden bis jetzt nicht bestraft und die von den Extremisten überfallenen Menschen stehen unter Anklage.

Dan-news.info: Die Schüler der DVR haben mehrheitlich den Unterricht in russischer Sprache dem in ukrainischer Sprache vorgezogen. Dies berichtete heute in der Regierungsstunde im Volkssowjet der DVR die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larisa Poljakowa.

„Im laufenden Schuljahr wurden 6780 Klassen mit russischer Unterrichtssprache eröffnet, das sind 97 Prozent. In diesen Klassen lernen 98 Prozent der Schüler. Und drei Prozent der Klassen – 170 – haben ukrainische Unterrichtssprache, dort lernen zwei Prozent der Schüler gemäß ihres Wunsches“, sagte die Ministerin.

Poljakowa erinnerte daran, dass seit dem laufenden Schuljahr die Unterrichtssprache in den Schulen durch die Wahl der Schüler bestimmt wird.

Vormittags:

Dan-news.info: Die Techniker der landwirtschaftlichen Betriebe des Telmanowo-Bezirks der DVR haben die landwirtschaftliche Technik für die Frühjahrsarbeiten bereit und können bei erster Gelegenheit auf die Felder gehen. Dies teilte der Leiter der Koordination für die Arbeit mit den Landwirten des Bezirks Radislaw Nejman mit.

„Im vergangenen Winter wurden die Sämaschinen, die Grubber, die Eggen, die Steuer und andere Geräte, die für die Aussaatarbeiten benötigt werden, völlig in Ordnung gebracht“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach seinen Worten sind die landwirtschaftlichen Betriebe des Bezirks vollständig mit der für die Aussaatarbeiten notwendigen Menge an Landwirtschaftstechnik ausgestattet. Dies wird es ihnen erlauben, die Frühjahrsaussaat in optimalen Zeiträumen, fünf bis sieben Tage, durchzuführen.

„Parallel zur Vorbereitung der Technik zur Frühjahrsaussaat wird auch die Düngung der

Winterkulturen durchgeführt. Insgesamt sind für die Düngung im frühen Frühling 13.000 Hektar vorgesehen“, fügte Nejman hinzu.
Er unterstrich, dass auf 2300 Hektar im Telmanowo-Bezirk Frühlkulturen ausgesät werden. Dies betrifft sechs große Betriebe und fast 50 Bauernbetriebe.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben zweimal in den letzten 24 Stunden Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte heute die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Insbesondere wurden aus Richtung Troizkoje mehr als 30 Schüsse mit Antipanzergrenatwerfern und automatischen Granatwerfern in Richtung Kalinowo abgegeben.

Außerdem haben die Kiewer Truppen 60 Schüsse mit automatischen Granatwerfern aus Richtung Solotoje auf das Gebiet von Marjewka abgegeben.

„In der Folge der Beschüsse gibt es keine Verluste“, heißt es bei der Volksmiliz.

Dan-news.info: Ukrainische Abteilungen haben in dieser Nacht etwa 37 Granatgeschosse auf die nördlichen Außenbezirke von Donezk und Gorlowka abgeschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„In der letzten Nacht haben ukrainische Abteilungen auf Sajzewo sechs Granatgeschosse des Kalibers 82mm und auf das „Volvo-Zentrum“ 31 Granatgeschosse desselben Kalibers abgeschossen. Die Beschüsse begannen gegen 22:00 und endeten gegen 23:30“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner von den Positionen in Showanka und Peski unter Verwendung von Granatwerfern und Schusswaffen schoss.

Der Gesprächspartner unterstrich auch, dass der Beschuss durch Scharfschützen auf Positionen der DVR praktisch nicht aufhört.

De.sputniknews.com: Die jetzige Führung der Ukraine hat das Land geschwächt und ausgeraubt. Nun wird es Jahrzehnte brauchen, die Ukraine wieder aufzubauen, wie der Ex-Regierungschef der Ukraine, Nikolaj Asarow, in einem Interview gegenüber der österreichischen Zeitung Der Standard äußerte.

„Poroschenko und Jazenjuk sind Kleptomanen. Ihr Hörigkeit bei allen Befehlen des IWF hat eine weitere negative Rolle gespielt. Die Ukraine hat nach zwei Jahren der IWF-Ratschläge 34 Prozent ihres BIP eingebüßt, die Einkommen der Ukrainer sind auf ein Drittel gesunken. Die Wirtschaft steht vor dem Aus. Das Rating von Poroschenko und Jazenjuk ist daher verheerend“, zitiert der Standard Asarow.

Die USA und die EU hätten ein gespaltenes Land geschaffen, dem diese nun zwischen 20 und 30 Milliarden jährlich einflößen müssten, unterstrich Asarow.

Am 2. Februar 2014 war in der Ukraine ein Staatsstreich vollzogen worden. Die Werchowna Rada (das ukrainische Parlament) hatte Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet, die Verfassung geändert und Präsidentschaftswahlen vorgezogen, bei denen Petro Poroschenko als neuer Präsident hervorging.

Die Ukraine befindet sich jetzt faktisch am Rande der Staatspleite. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, der Wert der nationalen Währung ist auf ein Drittel abgestürzt. Laut jüngsten Umfrageergebnissen sind etwa 70 Prozent der ukrainischen Bürger mit der Lage unzufrieden.

Dan-news.info: Die Metallbetriebe der DVR haben im Jahr 2015 den Umfang der abgesetzten Produkte um das Siebenfache erhöht. Dies teilte der Leiter der Koordination für

strategische Produktionsentwicklung Eduard Poljakow mit.

„Bis Anfang 2015 haben intensive Kämpfe zum Ausfall der meisten Unternehmen geführt. Jetzt drückt sich die Tendenz zum Wachstum unseres gesamten Produktionspotentials deutlich in vielen Zahlen aus. Insbesondere ist der Umfang der abgesetzten Metallproduktion, in Geldwerten ausgedrückt, um das Siebenfache gewachsen, von 389,5 Mio. Rubel im Januar 2015 auf 2797,5 Mio. im Dezember“, sagte Poljakow. Nach seinen Worten ist insgesamt in einem Jahr von einer Summe von 35,4 Mrd. Rubel die Rede. Er fügte hinzu, dass ein solch zügiges Wachstum vor allem mit der Vergrößerung des Produktionsumfangs im Jenakiewer Metallwerk verbunden ist. „Dank der Wiederaufnahme der Arbeit dieses Unternehmens ist ein solches Wachstum erfolgt“, sagte er.

Dan-news.info: Kiew hat die Regierung der DVR gezwungen, die Donezker Eisenbahn vollständig aus dem Rechtsbereich der Ukraine herauszubringen. Dies teilte heute der Transportminister Semen Kusmenko mit, indem er einen Beschluss des Ministerrats über die Übergabe des Eigentums der Donezker Eisenbahn in Staatseigentum der DVR kommentiert. „Angesichts der letzten Handlungen der Ukraine bezüglich der Donezker Eisenbahn, angesichts dessen, dass sie schon auf die Liste unserer zu blockierenden Unternehmen aufgenommen wurde, angesichts des Abschneidens von Bankverbindungen, die im Rechtsraum der Ukraine verwendet werden, sind wir gezwungen die Arbeit der Eisenbahn ausschließlich im Rechtsraum der DVR zu betreiben“ erklärte der Minister.

Nach seinen Worten musste das Transportministerium unter den entstandenen Bedingungen Maßnahmen ergreifen, die es erlauben, die Arbeit des Eisenbahnsektors vollständig außerhalb des Rechtsraums der Ukraine zu formieren, insbesondere die vollständige Übertragung des gesamten Eigentums der Donezker Eisenbahn auf die Republik.

„Ich erinnere daran, dass seit Anfang März alle Verträge mit Versendern von Gütern auf Krasnyj Liman umgestellt wurden, das heißt, Donezk ist auf dieser Aktivität ausgeschlossen. Es erfolgt eine Schließung der Konten der Donezker Eisenbahn im Rechtsraum der Ukraine“, erklärte Kusmenko. „Alle Maßnahmen hat die Ukraine einseitig ohne Abstimmung mit uns durchgeführt, entsprechend haben sie selber das weitere Schicksal der Eisenbahn festgelegt“.

Der Minister äußerte die Überzeugung, dass der durch die Entscheidung hervorgerufene Rückgang in der Arbeit der Donezker Eisenbahn ein bis drei Monate dauern könnte, danach wird wieder eine Rentabilität eintreten.

„Wir bauen ruhig die Wirtschaftstätigkeit dieses Unternehmens auf, führen eine vollständige Modernisierung des Unternehmens durch und schon zum Sommer werden wir die Arbeit in dieser Richtung vollständig stabilisieren“, unterstrich Kusmenko.

Der Minister unterstrich, dass die negativen Folgen des vollständigen Übergangs der Eisenbahn in den Rechtsraum der DVR für die ukrainische Wirtschaft weitaus wesentlicher sein werden. „Dies erschwert die Arbeit der ukrainischen Industrie, weil das Jahr 2015 gezeigt hat, dass nur dank der Zusammenarbeit mit der Donezker Eisenbahn die ukrainische Eisenbahn tragbare Kennziffer bei der Arbeit erreichen konnte“, erläuterte der Transportminister.

De.sputniknews.com: Erdogan will in Syrien "Flüchtlingsstadt" bauen

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat den Bau einer neuen Flüchtlingsstadt im Norden Syriens vorgeschlagen, wie die Agentur Anadolu berichtet.

„Die Infrastruktur der neuen Stadt kann die Türkei errichten, während die Bauarbeiten mit Unterstützung durch die Völkergemeinschaft erfolgen sollen. Wir werden dort diejenigen unterbringen können, die Syrien noch verlassen werden müssen, sowie diejenigen, die bereits in der Türkei Zuflucht finden konnten. Wir haben diese Idee mit Herrn Obama besprochen, sogar Koordinaten bestimmt. Dennoch war von der konkreten Umsetzung bislang keine Rede. Jetzt muss ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Man muss

Entschlossenheit und Willen an den Tag legen“, sagte Erdogan bei einer Preisverleihung an die Nichtregierungsorganisation „Grüner Halbmond“.

Die neue Flucht-Stadt soll mit einer Gesamtfläche von etwa 4.500 Quadratkilometern in unmittelbarer Nähe der türkischen Grenze entstehen. Laut dem türkischen Staatschef soll das Stadtbild den örtlichen Traditionen entsprechen.

„Im Unterschied zu den westlichen Ländern stehen die türkischen Türen den Flüchtlingen weiter offen. Dennoch muss man verantwortungsbewusst sein und das Problem gemeinsam lösen“, so Erdogan.

Zuvor hatten die EU-Länder der Finanzierung eines Fonds zur Unterstützung von Flüchtlingen auf türkischem Territorium zugestimmt. Ankara soll hierzu drei Milliarden Euro erhalten. Eine Intensivierung der Beitrittsverhandlungen mit der EU und eine Vereinfachung der Visaregeln wurden im Gegenzug versprochen. Als Gegenleistung soll die Türkei so den Flüchtlingsstrom in die EU bremsen, indem sie die Geflüchteten auf ihrem Territorium aufnimmt und unterbringt.

In der Türkei halten sich zurzeit 2,7 Millionen Flüchtlinge auf, in der EU rund zwei Millionen. Die Türkei will entlang der Grenze zu Syrien einen mehrere Kilometer breiten Pufferstreifen schaffen. Damit könnte Ankara den Vormarsch der syrischen Kurden kontrollieren. Zudem würde die Einrichtung einer Pufferzone der gemäßigten syrischen Opposition, gegen die die syrische Armee kämpft, eine Pause ermöglichen.

Gleichzeitig jedoch gewährleistet die Türkei weiter Extremisten Zugang nach Syrien über ihr Territorium.

Dan-news.info: Diversion ukrainischer Soldaten habe zu Störungen in der Arbeit des Mobilfunkoperators „Phönix“ geführt sowie zu einer teilweisen Unterbrechung der Fernseh- und Radioübertragungen im Telmanowo-Bezirk der DVR. Dies teilte der Pressedienst des Kommunikationsministeriums mit.

„In der Folge von Diversion wurde Übertragungsausrüstung beschädigt. Heute sind die Einwohner von Michajlowka, Mitschurino, Kankowo, Temanowo, Swobodnoje, Samojlowo, Kamenka ohne Verbindung zu Phönix. Nach letzten Informationen ist in diesen Ortschaften auch die Radio- und Fernsehübertragung unterbrochen“, informierte der Gesprächspartner der Agentur.

Einzelheiten werde noch geprüft. Vor Ort arbeiten Spezialisten des Kommunikationsministeriums.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Im Zeitraum vom 27.2. bis 4.3. wurden in der Folge von Kämpfen in der DVR 7 Menschen verschieden schwer verletzt, darunter sind 6 Soldaten der Armee der DVR. Außerdem wurden in dem genannten Zeitraum 5 Soldaten der Armee der DVR getötet. Dies teilte heute der Pressedienst des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte der DVR mit....

Wir erinnern daran, dass seit Anfang des bewaffneten Konflikts im Donbass 3976 Menschen starben, darunter 71 Kinder unter 18 Jahren. Mehr als 6208 Menschen wurden verschieden schwer verletzt.

de.sputniknews.com: Russlands Vizepremier Dmitri Rogosin hat die Amerikaner aufgerufen, sich mit Russland anzufreunden, und kommentierte damit die Worte des Nasa-Astronauten Scott Kelly, der seinen russischen Partner bei der ISS-Mission als „Freund fürs ganze Leben“ bezeichnete.

„Die Erde ist ein nicht weniger geschlossener Raum. Die Amerikaner müssen endlich verstehen, dass sie sich mit Russland vertragen müssen“, schrieb Rogosin in seinem Twitter-Account.

Zuvor hatte der Nasa-Astronaut Scott Kelly erklärt, sein ISS-Partner, der russische Kosmonaut Michail Kornijenko, sei für ihn zum „Freund fürs ganze Leben“ geworden. Die Raumfahrer sind am 2. Februar nach der Beendigung ihrer Jahresmission auf der Internationalen Raumstation (ISS) in der Sojus-Kapsel TMA-18M wohlbehalten in Kasachstan gelandet.

Lug-info.com: Mitteilungen des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kiewer Truppen haben in der letzten Woche 22 Mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen, sagte Jaschtschenko.

Er unterstrich, dass die Lage im Verantwortungsbereich der Volksmiliz sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert hat und wie zuvor als stabil angespannt charakterisiert werden kann.

„Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiterhin die Bedingung für die Stationierung von Militärtechnik entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben sind; und nutzen das Regime der Feueereinstellung für eine Konzentration von militärischem Potential ihrer Abteilungen in der Zone der sogenannten ATO“, sagte er.

„So sind nach Informationen unserer Aufklärung in Bolotenoje, Staniza-Luganskaja-Bezirk, das sich in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie befindet, am 1. März acht Panzer eingetroffen“, sagte der stellvertretende Leiter des Stabs.

„Ebenfalls wurde von unserer Aufklärung festgestellt, dass in Staniza Luganskaja auf dem Territorium eines Lokomotivendepots zwei Mehrfachraketenwerfer „Grad“ stationiert wurden“, teilte er mit.

„Auf diese Weise zieht die militärisch-politische Führung der Ukraine weiterhin eine militärische Variante der Lösung des Konflikts im Südosten des Landes als grundlegend in Betracht“, endete Jaschtschenko.

Die Aufklärung der Volksmiliz der Republik hat festgestellt, dass die Kiewer Truppen gefälschte Stempel vorbereiten.

„Die gefälschten Stempel planen; nach Angaben unserer Aufklärung; die Kiewer Truppen für die Anfertigung von gefälschten Dokumenten zu verwenden mit dem Ziel; die Führung der LVR der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen“, berichtete er.

Nach den Worten Jaschtschenkos „plant die ukrainische Seite auf den nächsten Treffen der Außenminister der „normannischen Vier“ diese Dokumente zu präsentieren.

„Außerdem wird von den militärischen Strukturen der Ukraine auch die Vorbereitung gefälschter Dokumente der LVR geplant, um sie für Diversions- und Erkundungsgruppen auf dem Territorium der Republik zu verwenden“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: Syrien: Rebellen beraten auf russischer Luftwaffenbasis über Frieden
Vertreter von fünf syrischen Oppositionsgruppen und Geistliche sind im russischen Zentrum für Aussöhnung der Konfliktparteien in Hmeimin in der syrischen Provinz Latakia zusammengekommen. Die Teilnehmer des Treffens betonen, dass die aktuelle Feuerpause den Anstoß zur Aufnahme des politischen Dialogs gegeben hat.

„Endlich ist durch die Unterstützung von russischer Seite Frieden in unser Land gekommen. Endlich machen wir erste Schritte zur Einstellung der Kampfhandlungen. Seit dem 27. Februar werden die Bedingungen für die syrische Bevölkerung besser. Ich denke, dass jetzt

die Zeit gekommen ist, den politischen Dialog aufzunehmen“, sagte Meis Kreidi, Mitglied der Bewegung „Für ein demokratisches Syrien“.

„Wir sind eine Gruppe, die einen Dialog unterstützt“, so Muasin Beljal, Mitglied derselben Gruppierung.

„Obwohl wir keine Politiker sind, begreifen wir, dass für die Syrer der politische Prozess sowohl in Genf als auch in Wien äußerst wichtig wird. Das Wichtigste ist, dass wir die Notwendigkeit verstehen, einen Austragungsort für die Verhandlungen zu finden“, betonte wiederum Scheich Salih Al Harib.

Das Treffen in Hmeimin erfolgte auf Initiative der Oppositionellenbewegungen, die sich mit einer entsprechenden Bitte an das russische Zentrum für Aussöhnung der Konfliktparteien gewandt hatten. An der Spitze der Aktivistengruppe standen der Generalsekretär der Partei „Nationale Konferenz“ Ilhan Mansad, Muasin Beljal von „Für ein demokratisches Syrien“ sowie die Scheiche Salih Al Harib und Anas Al Taul. Letztere vertreten oppositionelle bewaffnete Formationen, die bereits Kämpfer aus ihren Gebieten verdrängen konnten. In Syrien gilt seit dem 27. Februar eine Waffenruhe zwischen den Regierungstruppen und oppositionellen Rebellen. Die von Russland und den USA vermittelte Feuerpause erstreckt sich nicht auf Angriffe auf Daesh (auch Islamischer Staat, IS), al-Nusra-Front und andere vom UN-Sicherheitsrat als terroristisch eingestufte Gruppen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30823/84/308238478.jpg>

[Ukrinform.ua](#): Die ukrainische Armee hat nach Angaben des Sprechers der Präsidialverwaltung für die Antiterror-Operation Andrij Lysenko bei einem Gefecht im Raum Mariupol bis 30 Terroristen getötet.

Dabei seien auch zwei ukrainische Soldaten ums Leben gekommen.

[De.sputniknews.com](#): Ukraine: Kiew meldet 30 getötete Volksmilizen – Donezk dementiert Die selbsterklärte Volksrepublik Donezk hat Informationen aus Kiew, das ukrainische Militär habe bei einem Gefecht in der vergangenen Nacht etwa drei Dutzend Volksmilizen getötet, als falsch zurückgewiesen.

Am Samstagvormittag hatte Andrej Lyssenko, Beauftragter des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, in Kiew verkündet, die Regierungstruppen hätten bei einem Gefecht nahe Mariupol bis zu 30 Milizen getötet. „Durch abgestimmtes Vorgehen der Streitkräfte hat der Feind schwere Verluste davon getragen“, prahlte der Kiewer Politiker.

Die Donezker Milizen wiesen diese Angaben jedoch umgehend zurück. „Die Informationen aus Kiew stimmen nicht. Wir haben in letzter Zeit keine solchen Verluste gehabt“, zitieren russische Medien Eduard Bassurin, den Vizechef der Donezker Volkswehr. Nach seinen Angaben hat das ukrainische Militär in den vergangenen 24 Stunden das Territorium der nicht anerkannten Donezker Volksrepublik allerdings 30 Mal aus Mörsern und Schützenpanzern beschossen. „Die Lage an der Trennlinie ist weiter angespannt“, sagte Bassurin...

Dan-news.info: Zur Feier des Internationalen Frauentags in der Hauptstadt der DVR kamen etwa 500 Einwohnern aus verschiedenen Ecken der Republik. Die Veranstaltung fand im Donezker akademischen musikalisch-dramatischen Theater statt.

Dort nahmen das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko und der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin teil, Abgeordnete des Parlaments, Vertreter von Ministerien und Ämtern. Das Republikoberhaupt gratulierte im Namen aller Männer der weiblichen Hälfte der Bevölkerung zum Feiertag.

„Ihr seid unser Leben, unsere Mütter, Frauen und Töchter. Geliebte, echte Kampfgefährtinnen, ihr verteidigt mit der Waffe in der Hand unser Land, ihr seid unser Hinterland. Danke dafür, dass es Euch gibt“, sagte Sachartschenko zu den Frauen.

Das Republikoberhaupt zeichnete etwa 50 Frauen für zuverlässige Arbeit, hohe Professionalität und ihren persönlichen Beitrag zur Entwicklung der Republik aus. Darunter waren die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa, die Justizministerin Jelena Radomskaja, die Bürgermeisterin von Makejewka Larisa Tolstykina, Vertreterinnen von Stadtverwaltungen, kommunalen Unternehmen und andere.

„Geliebte, schöne, liebe Frauen und Mädchen. Ich gratuliere Euch aufrichtig aus ganzem Herzen zu diesem hellen Frühlingsfeiertag. Wir schätzen euch, lieben euch sehr und hoffen, dass ihr uns inspirieren und ermuntern werdet. Mit Euch gemeinsam werden wir siegen“, sagte der Vorsitzende des Parlaments.

Zum Abschluss des offiziellen Teils fand ein Festkonzert mit Donezker Gesangs- und Tanzensembles statt.

De.sputniknews.com: Mit des Westens Hilfe: Jazenjuk will Donbass und Krim zurückholen Die Ukraine muss die Gebiete Donezk und Lugansk, wie der ukrainische Premier Arsenij Jazenjuk am Samstag bei der Vereidigung neuer Polizisten in Poltawa sagte, wieder unter ihre Kontrolle bringen und hofft dabei auf die Hilfe ihrer westlichen Partner.

„Die Kontrolle über Donezk und Lugansk muss wiederhergestellt und die Krim zurückgeholt werden. Das gehört zu den Aufgaben der Rekonstruktion der territorialen Integrität des Staates. Diese Aufgaben erfüllen die Jungs, die gerade jetzt Polizisten geworden sind“, zitiert die ukrainische Agentur Unn Jazenjuk.

Laut dem Regierungschef rechnet Kiew damit, dass „die westlichen Partner der Ukraine alles tun werden, damit unsere Jungs nicht an der Front sterben“...

Novorosinform.org: Der neue Personalausweis aus Plastik für ukrainische Staatsbürger im Stil einer ID-Karte, der seit dem 1. Januar dieses Jahres gültig ist, berechtigt gegenwärtig nicht zum Überschreiten der Grenze nach Weißrussland, berichtet Interfax-Ukraine mit Bezug auf den weißrussischen Grenzschutz.

„Ukrainische Staatsbürger glauben fälschlicherweise, dass diese neuen elektronischen Dokumente zur Einreise nach Weißrussland berechtigen. Im geltenden bilateralen Abkommen unserer Länder aus dem Jahr 2009 zum visafreien Grenzverkehr ist ein solches elektronisches Dokument im Stil einer ID-Karte nicht vorgesehen für das Überschreiten der Staatsgrenze der Republik Belarus. Außerdem hat sich die ukrainische Seite bisher nicht

darum bemüht, eine Anerkennungsprozedur der ID-Karten als gültiges Ausweisdokument zur Einreise nach Weißrussland im Rahmen von Vereinbarungen zum visafreien Grenzverkehr zwischen den Außenministerien beider Länder zu initiieren“, sagte der Pressedienst.

Über die Grenze werden Staatsbürger der Ukraine nur mit bisher gültigen Dokumenten gelassen: mit einem Reisepass (für Besitzer von ID-Karten) oder mit einem Ausweis der alten Art.



http://storage.novorosinform.org/cache/9/e/f_19740924661452505860.jpg/w644h387.jpg

De.sputniknews.com: Türkei: Russische Sanktionen lassen Schuldenberge der Banken wachsen

Vor dem Hintergrund der von Russland verhängten Sanktionen und ausbleibenden Touristen leidet die türkische Wirtschaft unter neuen Verluste, wie Bloomberg unter Berufung auf die Agentur für Bankenregulierung und -aufsicht der Türkei berichtet. Zusätzlich lasse die Unfähigkeit der Bürger, ihre Kredite zurückzuzahlen, den Druck auf Banken wachsen. Der Agentur zufolge spitzt sich die Situation im türkischen Bankensektor weiter zu: Der Anteil der nicht zurückgezahlten Kredite sei auf 3,18 Prozent gestiegen, den seit fünf Jahren höchsten Stand.

Gründe für die neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Türkei seien der durch die russischen Sanktionen verursachte Schaden, die Abwertung der nationalen Währung sowie politische Instabilität, die eine wesentliche Reduzierung der Touristenzahlen nach sich gezogen hätten, so Bloomberg.

Allein in den ersten zwei Monaten 2016 sei der Wert der überfälligen Kredite in der Türkei um 60 Prozent, um 514 Millionen US-Dollar, gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum angestiegen. Dieser Zuwachs werde sich negativ auf den Gesamtzustand der Bankenindustrie des Landes auswirken.

„Diese Tendenz wird sich weiter entwickeln. Ich kann nicht sagen, dass die Situation außer Kontrolle geriet. Aber die russischen Sanktionen, der Schlag auf die Touristikbranche und die Abwertung der nationalen Währung werden den Unternehmenssektor schädigen“, zitiert die Agentur Apostolos Bantis, Analytiker bei der Commerzbank.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Türkei stecken seit dem Abschuss des russischen Kampffjets durch ein türkisches Jagdflugzeug am 24. November in einer tiefgreifenden Krise. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte nach dem Abschuss einen „Erlass über die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und besondere Wirtschaftsmaßnahmen gegen die Türkei“ unterzeichnet.

Dan-news.info: Die ukrainische Seite hat heute wieder den Verkehr über den Kontroll- und Passierpunkt „Marjinka“ (Georgiejewka) westlich von Donezk gesperrt. Dies teilte heute ein Vertreter der militärischen Strukturen der DVR mit.

„Heute um 11:35 hat die ukrainische Seite den Verkehr über den KPP „Marjinka“ gesperrt“,

sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Zuvor hatte dazu der Grenzdienst der Ukraine Informationen verbreitet. Die Ursache sei ein angeblicher Beschuss der KPP von Seiten der DVR. Das letzte Mal hatte Kiew den KPP „Marjinka“ für zwei Wochen im Februar geschlossen.

De.sputniknews.com: Syrien: Russischer General verspricht Sicherheit für Rebellenchefs
Das russische Zentrum für Aussöhnung der Konfliktparteien in Syrien hat sich am Samstag bereit erklärt, für die Sicherheit jener Oppositionschefs zu sorgen, deren Verbände sich der Waffenruhe angeschlossen haben.

Am Samstag teilte das Verteidigungsministerium in Moskau mit, dass Spitzenvertreter von sechs Rebellengruppen, die in den Provinzen Damaskus, Homs und Daraa operieren, ins Aussöhnungszentrum gekommen seien, um über die Waffenruhe zu sprechen.

Der Chef des auf dem russischen Luftwaffenstützpunkt in Latakia gelegenen Aussöhnungszentrums, General Sergej Kuralenko, teilte mit, dass bereits 23 Treffen mit verschiedenen Oppositionsführern abgehalten worden seien. Dabei sei bereits ein deutlicher Wandel sichtbar: Hätten die Oppositionellen bei den ersten Gesprächen Sicherheitsgarantien vor drohender Gefahr durch syrische Regierungstruppen gefordert, „so bitten sie uns jetzt um Schutz vor dem IS und anderen Terrororganisationen, die Jagd auf jene Oppositionelle machen, die die Waffenruhe unterzeichnet haben.“

„Wir werden bei der Gewährleistung der Sicherheit jener Oppositions- und Gemeindeführer helfen, die das Abkommen über die Einstellung der Kämpfe und den Beginn der Aussöhnung unterschrieben haben“, versprach der General...



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30825/05/308250515.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR
Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt weiter angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 234 Mal das Territorium der Republik in der Folge von 36 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung beschossen. Während der Beschüsse verwendete der Gegner: Artillerie des Kalibers 122mm einmal, Granatwerfer des Kalibers 120mm – 104 Mal, Granatwerfer des Kalibers 82mm – 105 Mal, 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ - sechsmal. Ebenfalls verwendete der Gegner verschiedene Arten kleinerer Granatwerfer, Abwehrgeschütze und Schusswaffen.

Die ukrainische Seite hat in der letzten Woche 259 Mal das Regime der Feuereinstellung

verletzt. Insgesamt haben die Strafruppen das Territorium der Republik 1433 Mal beschossen, darunter 1000 Mal mit schweren Waffen.

Am stärksten wurden folgende Ortschaften mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen beschossen: Sajzewo, Spartak, Staromichajlowka, Shabunki, Dokutschajewsk, Weseloje, das Gagarin-Bergwerk, Kominternowo, Besymennoje, Sosnowskoje, Sachaka, das Gebiet des Flughafens, das Volvo-Zentrum, die Bezirke Petrowskij und Kubyschewskij von Donezk.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde eine Frau, Geburtsjahr 1989, verletzt, zwei Wohnhäuser zerstört, die Funktion von vier Elektrounterstationen im Petrowskij-Bezirk von Donezk zeitweise gestoppt und die Schule Nr. 15 in Sajzewo beschädigt.

Ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die fortgesetzten Beschüsse von Wohngebieten der Städte und Ortschaften der Republik nur von einem zeugen: Kiew will die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllen.

Über alle Verletzungen und Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde informieren wir die OSZE-Mission. Dabei ist uns die Weigerung der OSZE-Mission, den zielgerichteten Beschuss der Schule Nr. 15 in Sajzewo vor Ort zu erfassen, unverständlich. Ist es für sie wichtiger, die Passierpunkte zu beobachten? Aber auch dort ist ihre Arbeit nicht sichtbar. Die ukrainische Seite spitzt ständig und unbegründet die Lage um die genannten Kontroll- und Passierpunkte zu und beschuldigt die Streitkräfte der DVR dessen. Von der ukrainischen Seite werden künstlich viele Kilometer lange Schlangen im Bereich des KPP „Majorsk“ geschaffen mit dem Ziel der Schaffung einer ökonomischen und humanitären Blockade der Republik.

Außerdem weigern sich die OSZE-Vertreter aus irgendeinem Grund, die verbotenen Waffen, Panzer und Artillerie der ukrainischen Streitkräfte in der Pufferzone zu registrieren sowie auch die Durchführung von technischen Arbeiten in Schirokino. Wodjanoje, Pawlopol, Gntowo, Pischtschewik, in den Gebieten von Jasinowataja, Shelesnaja und Schirokaja Balka, Sajzewo. Menschen, die die Checkpoints passieren, sehen alles mit eigenen Augen und fürchten diese Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte zu einer weiteren Runde von Kämpfen.

Bezüglich der Arbeit der Vertreter der ukrainischen Streitkräfte im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination gibt es auch Fragen. Ein Bestreben ihrerseits, eine Feuereinstellung entlang der Kontaktlinie zu unterstützen, sehen wir nicht. Die Vertreter der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum bewerten weiterhin die Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung nicht objektiv und beschuldigen die DVR und decken Verletzungen der ukrainischen Streitkräfte. Außerdem erhalten die Vertreter der ukrainischen Streitkräfte die Daten, mit denen sie operieren, von der Front und nicht von ihren Beobachtern, was durch die Instruktionen des Gemeinsamen Zentrums verboten ist. Auf diese Weise ist die ukrainische Seite mit nichts anderem beschäftigt, als mit der Aufstellung von falschen Beschuldigungen bei den täglichen Berichten an die OSZE-Mission über die Beschüsse von Ortschaften vom Territorium aus, das von der DVR kontrolliert wird. Heute möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass trotz des geltenden Regimes der Feuereinstellung und eines Verbots der Verwendung schwerer Waffen die ukrainischen Streitkräfte die nächste blutige Provokation planen.

Von unserer Aufklärung wurde die Schaffung von sogenannten mobilen Granatwerfertrupps in den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, die mit 120- und 82mm-Granatwerfern ausgerüstet sind, die auf Fahrzeugen montiert sind. Die Aufgabe solcher Diversionskommandos ist es, operativ in den westlichen Bezirk zu fahren und Beschüsse durchzuführen (darunter auch auf ihre eigenen Abteilungen oder Wohngebiete) und schnell wegzufahren. Das Erscheinen solcher mobilen Trupps kann bedeuten, dass die ukrainische politisch-militärische Führung nicht vorhat, den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen, und versucht, das schwelende Feuer des Bürgerkriegs im Donbass anzufachen. Wir unsererseits werden die genannte Situation beobachten und wir bemühen uns vorzubeugen und den Tod der Zivilbevölkerung im Ergebnis solcher niedrigen und heimtückischen Methoden Kiews nicht zuzulassen.

Es haben sich die Versuche der ukrainischen militärisch-politischen Führung, die Lage auf

dem Territorium der Republik zu destabilisieren, vermehrt. Ständig brechen Diversanten ein mit dem Ziel, Terrorakte in Bezug auf die friedliche Bevölkerung der Republik zu begehen. Während der Durchführung operativer Maßnahmen im Vorfeld des Feiertags des Verteidigers des Vaterlands wurde vom Staatssicherheitsministerium ein Versteck entdeckt, in dem etwa 150 kg Sprengstoff, 17 verschiedene Typen von Granaten und etwa 1600 Stück Munition verschiedenen Kalibers gefunden wurden. Man kann sich nur vorstellen, wie viel Leid die Aktivitäten der ukrainischen Diversions- und Strafeinheiten den Menschen gebracht hätten. Heute Nacht erfolgte ein weiterer terroristischer Akt in Bezug auf die junge Republik. Im Gebiet von Telmanowo wurde ein Beschuss mit Brandmunition auf den Tank eines Fahrzeugs durchgeführt, das die Arbeit der Fernseh- und Radiostationen absichert, in der Folge wurde die Fernsehübertragung der örtlichen Kanäle zeitweilig unterbrochen. Die Staatsanwaltschaft und Spezialisten des Kommunikationsministeriums führen Maßnahmen durch, um solche Akte nicht mehr zuzulassen und möglichst schnell die Fernseh- und Radioübertragungen wiederherzustellen.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Vorbereitung einer Reihe gefälschter Dokumente durch die ukrainische Führung erhalten, die das Ziel haben, die Streitkräfte der DVR bei den nächsten Treffen der Außenminister der „Normannischen Vier“ grober Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Außerdem wurde die Vorbereitung von gefälschten Dokumenten festgestellt, die von ukrainischen Spezialdiensten beim Erscheinen auf dem Territorium der jungen Republik genutzt werden sollen, wenn sie Diversions- und Terrorakte begehen sowie Aufklärungsdaten sammeln. Die Herstellung gefälschter Stempel erfolgt unter anderem bei einem der Stäbe der operativ-taktischen Gruppen „Donezk“ im Gebiet von Artjomowsk.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurde im Rahmen der Isolierung der DVR durch die ukrainische Regierung eine durch Kämpfer des „Rechten Sektors“ geplante Sprengung eines Fahrzeugs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte an einer Mine festgestellt, mit dem Ziel die Notwendigkeit der Schließung des KPP „Sajzewo“ zu belegen. Nach vorläufigen Informationen wurden in der Folge der Diversion der Nationalisten zwei ukrainische Soldaten verletzt. Der Transport der verletzten Soldaten der ukrainischen Streitkräfte nach Artjomowsk in die Selenaja-Straße 38 erfolgte durch den Offizier des medizinischen Dienstes der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Michail Schmit.

Und schließlich veröffentlichen wir weitere Fakten der Unterschlagung von staatlichen Mitteln in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte. Insbesondere wurde ein Plan zur Abschreibung von Finanzen entdeckt, die die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die Dienst in der ATO-Zone tun, nicht erhalten. Aufgrund einer Absprache des Vertreters der finanzökonomischen Leitung des Kommandos der Landtruppen der Ukraine Timenowskij mit dem Offizier der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Manzur wurde ein Plan zum Abzug großer Summe auf besondere Konten der „Priwat Bank“ realisiert. Außerdem gibt es zur Durchführung des genannten Plans bei den Vertretern der Finanzorgane der Truppenteile der 54. Brigade eine Absprache mit den Kommandeuren der Abteilungen über parteiisches Verhalten gegenüber Untergebenen, um diesen einen Teil ihres Solds zu entziehen, der dann unterschlagen wird.

[Ukrinform.ua](#): Der Staatliche Grenzdienst hat den Kontrollposten Marjinka, in der Ostukraine, geschlossen.

Grund ist der Beschuss der Terroristen, teilt der Dienst mit. Sie hätten gegen 9 Uhr mit einem Granatwerfer und einem Scharfschützengewehr auf den Kontrollposten geschossen.

[Dan-news.info](#): Das Verteidigungsministerium der DVR widerspricht der Beschuldigung des Grenzschutzdienstes der Ukraine, dass die republikanischen Kräfte den Kontroll- und Passierpunkt „Marjinka“ beschossen haben, weswegen Kiew den Verkehr über diesen Punkt

sperrten musste.

„Mit Schusswaffen kann man nicht dorthin schießen, mit kleineren Granatwerfern auch nicht. Das ist unrealistisch. Wenn wir natürlich die Gesetze der Physik ändern, so fliegt eine Kugel dreimal so weit und eine Granate zweimal, dann ist es möglich. Physikalisch ist das unreal“, erklärte heute gegenüber Journalisten der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin.

Abends:

De.sputniknews.com: Ankara attackiert kritische Presse – Moskau fordert Reaktion von OSZE

Moskau fordert von den westlichen Partnern klare Reaktionen auf die Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit sowie europäische und internationale Standards durch Ankara im Zusammenhang mit den jüngsten Attacken der türkischen Behörden auf die oppositionellen Zeitungen Zaman und Cumhuriyet.

Marija Sacharowa, Sprecherin des Außenministeriums Russlands, erklärte nun am Samstag: „Wir machen auf eine kritische Situation bei der Wahrung der Meinungsfreiheit und der ungehinderten Ausübung ihrer Tätigkeit für Medien in der Türkei aufmerksam“.

„Wahrscheinlich haben auch neue Beiträge über Kontakte türkischer Militärs zur Terrormiliz Daesh in der oben genannten Zeitung die Empörung von Erdogan verstärkt. Wir meinen, dass die Weltgemeinschaft gegen diese Signale gründlich vorgehen muss. Es ist offensichtlich, dass in der Türkei die Meinungsfreiheit unterdrückt und Gerichtsorgane missachtet werden mit dem Ziel, die Unterstützung der Terroristen zu decken“, sagte Sacharowa.

„Wir sind überzeugt davon, dass diese Fakten eine unvoreingenommene Erörterung im Europarat und in der OSZE fordern“, betonte die Sprecherin.

Im November 2015 waren der Chefredakteur und ein Redakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar und Erdem Gül, festgenommen worden, weil sie zuvor in einem Artikel über die Beteiligung des türkischen Geheimdienstes an Waffenlieferungen für syrische Islamisten angeblich Staatsgeheimnisse verraten haben sollen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan wandte sich kurz darauf an die Staatsanwaltschaft mit der Forderung, ein Strafverfahren gegen die Zeitung und deren Chefredakteur Can Dündar einzuleiten, und drohte im Fernsehen, dass die Journalisten einen „hohen Preis“ für ihre Veröffentlichung zahlen müssten.

Das türkische Verfassungsgericht hatte vergangene Woche die Entlassung der beiden Journalisten Can Dündar und Erdem Gül von der Oppositionszeitung „Cumhuriyet“ aus der Untersuchungshaft angeordnet. Erdogan wiederum erwiderte daraufhin, er respektiere die Entscheidung des Gerichtes nicht. Regierungskritiker sehen darin den Versuch des Präsidenten, sich über rechtsstaatliche Regeln hinwegzusetzen.

Ein Istanbuler Gericht hat am Freitag die türkische Regierung zum Treuhänder für die regierungskritische Zeitung Zaman ernannt. Aufgrund zunehmenden politischen Drucks durch die Behörden ist Zaman das landesweit praktisch einzige oppositionelle Medium. In der Nacht auf Samstag hat die Polizei Wasserwerfer und Tränengas bei der Auflösung einer spontanen Kundgebung vor dem Verlagsgebäude eingesetzt. Im Anschluss sind die Polizisten ins Gebäude eingedrungen und haben Mitarbeiter der Zeitung verjagt.